



# HESSISCHER LANDTAG

31. 08. 2017

## 114. Sitzung

Wiesbaden, den 31. August 2017

<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	8027	<b>63. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine Aktuelle Stunde (Gute Arbeit am Frankfurter Flughafen: Hessische Landesregierung muss bei Vergaben Tarifbindung sichern – Solidarität mit den Beschäftigten bei den Bodenverkehrsdiensten)</b>	
<i>Entgegengenommen</i> .....	8027	– Drucks. 19/5193 – .....	8040
Vizepräsident Frank Lortz .....	8027	<i>Abgehalten</i> .....	8048
<b>61. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Fipronil-belastete Eier, Bienensterben und Artenverlust – Hessens Antwort ist die regionale, bäuerliche und ökologische Landwirtschaft)</b>		Janine Wissler .....	8040
– Drucks. 19/5191 – .....	8027	Wolfgang Decker .....	8042
<i>Abgehalten</i> .....	8033	Frank-Peter Kaufmann .....	8042
Martina Feldmayer .....	8027	Heiko Kassekert .....	8043
Jürgen Lenders .....	8028	Jürgen Lenders .....	8044
Angelika Löber .....	8029	Minister Tarek Al-Wazir .....	8045
Kurt Wiegel .....	8030	Hermann Schaus .....	8047
Marjana Schott .....	8031	<b>64. Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Hessens Schülerinnen und Schüler freuen sich: Schon 250.000 Schüler-tickets stärken den ÖPNV und machen Mobilität erschwinglich)</b>	
Ministerin Priska Hinz .....	8032	– Drucks. 19/5194 – .....	8048
<b>62. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Nationale Bildungsallianz für Deutschland – Hessen muss mehr in Bildung investieren und darf den Bund nicht an den Schuloren stehen lassen)</b>		<i>Abgehalten</i> .....	8053
– Drucks. 19/5192 – .....	8033	Ulrich Caspar .....	8048
<i>Abgehalten</i> .....	8040	Uwe Frankenberger .....	8049
Christoph Degen .....	8033	Karin Müller (Kassel) .....	8050
Daniel May .....	8034	Gabriele Faulhaber .....	8050
Wolfgang Greilich .....	8036	Jürgen Lenders .....	8051
Hans-Jürgen Irmer .....	8037	Minister Tarek Al-Wazir .....	8052
Gabriele Faulhaber .....	8038		
Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz .....	8039		

65. **Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Klare Absage an Diesel-Fahrverbote – Regierung Bouffier darf Bürger und Unternehmen in Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt nicht abhängen – Autoindustrie in die Verantwortung nehmen)**  
– Drucks. 19/5195 – ..... 8053  
*Abgehalten* ..... 8060  
Nicola Beer ..... 8053  
Angela Dorn ..... 8055  
Tobias Eckert ..... 8056  
Janine Wissler ..... 8057  
Ulrich Caspar ..... 8058  
Ministerin Priska Hinz ..... 8059
41. **Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Realisierung einer Machbarkeitsstudie über eine UNESCO-Biosphärenregion Wiesbaden/Rheingau-Taunus/Mainspitze**  
– Drucks. 19/5162 – ..... 8060  
*Dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen* ..... 8068  
Ursula Hammann ..... 8060  
Jürgen Lenders ..... 8061  
Marius Weiß ..... 8063  
Petra Müller-Klepper ..... 8065  
Marjana Schott ..... 8066  
Ministerin Priska Hinz ..... 8067
51. **Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend klares Zeichen gegen Atomwaffen setzen – friedenspolitisches Engagement und Aufklärung unterstützen**  
– Drucks. 19/5173 – ..... 8068  
*Abgelehnt* ..... 8077
73. **Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend nukleare Abrüstung in Deutschland**  
– Drucks. 19/5211 – ..... 8068  
*Abgelehnt* ..... 8077
74. **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Erhalt des Friedens und weltweite atomare Abrüstung**  
– Drucks. 19/5212 – ..... 8068  
*Angenommen* ..... 8077  
Vizepräsident Frank Lortz ..... 8040  
Vizepräsidentin Heike Habermann ..... 8053  
Jan Schalauske ..... 8068  
Daniel May ..... 8070  
Stephan Grüger ..... 8071  
Armin Schwarz ..... 8072, 8073  
Marjana Schott ..... 8073  
René Rock ..... 8074  
Minister Axel Wintermeyer ..... 8075
11. **Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Betreuungsrecht**  
– Drucks. 19/5160 zu Drucks. 19/5015 – ..... 8077  
*In zweiter Lesung angenommen:*  
*Gesetz beschlossen* ..... 8081  
Sabine Bächle-Scholz ..... 8077  
Irmgard Klaff-Isselmann ..... 8077  
René Rock ..... 8078  
Gerhard Merz ..... 8078  
Marjana Schott ..... 8079  
Marcus Bocklet ..... 8080  
Minister Stefan Grüttner ..... 8081
13. **Große Anfrage der Abg. Merz, Alex, Decker, Di Benedetto, Gnadt, Roth, Dr. Sommer (SPD) und Fraktion betreffend Kinderbetreuung in Hessen**  
– Drucks. 19/4881 zu Drucks. 19/3810 – ..... 8081  
*Antwort besprochen* ..... 8093  
Gerhard Merz ..... 8081, 8085, 8088  
Bettina Wiesmann ..... 8083  
René Rock ..... 8085  
Marcus Bocklet ..... 8086, 8089  
Marjana Schott ..... 8089  
Minister Stefan Grüttner ..... 8091
14. **Große Anfrage der Abg. Hofmann, Grumbach, Kummer, Waschke, Weiß, Özgüven (SPD) und Fraktion betreffend langwierige Verfahren in Hessen**  
– Drucks. 19/4889 zu Drucks. 19/4474 – ..... 8093  
*Antwort besprochen* ..... 8100  
Handan Özgüven ..... 8093  
Dr. Frank Blechschmidt ..... 8095  
Hartmut Honka ..... 8096  
Dr. Ulrich Wilken ..... 8097  
Karin Müller (Kassel) ..... 8098  
Ministerin Eva Kühne-Hörmann ..... 8099
15. **Große Anfrage der Abg. Hofmann, Grumbach, Kummer, Waschke, Weiß, Özgüven (SPD) und Fraktion betreffend Opferschutz in Hessen**  
– Drucks. 19/4969 zu Drucks. 19/4417 – ..... 8100  
*Von der Tagesordnung abgesetzt* ..... 8100
16. **Große Anfrage der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend nachhaltige Beschaffung in Hessen**  
– Drucks. 19/4981 zu Drucks. 19/4418 – ..... 8100  
*Von der Tagesordnung abgesetzt* ..... 8100

zu überbieten. Sie sollte sich vielleicht daran erinnern, dass sie im Jahr 2010 an der Bundesregierung beteiligt war, als der Grenzwert in nationales Recht umgesetzt wurde. Insofern sollten Sie sich ab und zu noch einmal daran erinnern, wann Sie an welcher Regierung beteiligt waren und wofür Sie in diesem Land eigentlich Verantwortung tragen – für die Grenzwerte sind jedenfalls Sie verantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

#### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit ist auch diese Aktuelle Stunde abgehalten. Anträge zur Abstimmung liegen nicht vor.

Deswegen rufe ich jetzt **Tagesordnungspunkt 41** auf:

#### **Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Realisierung einer Machbarkeitsstudie über eine UNESCO-Biosphärenregion Wiesbaden/Rheingau-Taunus/Mainspitze – Drucks. 19/5162 –**

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Hammann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir freuen uns über das Interesse der Stadt Wiesbaden, des Rheingau-Taunus-Kreises und des Main-Taunus-Kreises in Bezug auf eine mögliche Biosphärenregion Wiesbaden/Rheingau-Taunus/Mainspitze.

Wenn sich die Kommunen gemeinsam mit dem Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus für eine ergebnisoffene Machbarkeitsstudie aussprechen – ich betone das Wort „ergebnisoffen“ –, begrüßen wir das alle sehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, dass die Landesregierung dies unterstützt, indem sie eine ergebnisoffene Machbarkeitsstudie dazu erarbeiten lässt.

Im Vorfeld der Debatte wurde immer wieder die Frage gestellt, dass es bereits ein Biosphärenreservat Rhön in Hessen gebe und ob wir überhaupt eine Biosphärenregion brauchen, wie sie seit einiger Zeit in der Diskussion ist. Dazu kann man einfach sagen: Eine Biosphärenregion in dieser Ausprägung wäre etwas ganz Besonderes. Bei Etablierung einer UNESCO-Biosphärenregion Wiesbaden/Rheingau-Taunus/Mainspitze wäre dies das einzige urban geprägte Biosphärengebiet in Deutschland.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Es hätte zudem im europäischen Rahmen einen unglaublichen Stellenwert. Was besonders wichtig ist: Diese Biosphärenregionen gibt es weltweit nur dreimal. Das muss man sich vor Augen führen. In Österreich gibt es den Biosphärenpark Wienerwald mit der vorgelagerten Hauptstadt Wien. In Brasilien ist es Mata Atlantica, und in Italien ist es seit 2016 Collina Po. Das heißt, mit einer Ausweisung

dieser Biosphärenregion könnten wir bei einer Anerkennung, wenn das alles mit der Machbarkeitsstudie funktioniert, die ergebnisoffen ist, es schaffen, dass wir an vierter Stelle weltweit kommen. Das ist ein besonderer Stellenwert. Das ist besonders zu beachten. Das ist etwas wirklich Besonderes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Das UNESCO-Programm „Der Mensch und die Biosphäre“ (MAB) hat die Biosphärenreservate bzw. -regionen – man kann es unterschiedlich benennen – mit dem Ziel versehen, eine ausgewogene Beziehung zwischen Menschen und der Biosphäre zu fördern. Das ist das Besondere. Nicht der Mensch wird ausgegrenzt, sondern es geht um den Menschen in der Biosphäre.

Es ist der Gedanke der Nachhaltigkeit, der im Einklang von Ökologie, Ökonomie und sozialer und kultureller Umwelt in einer Biosphärenregion zum Ausdruck kommt. Dies beinhaltet beispielsweise die Erhaltung des touristischen Kapitals, Natur, Landschaft und Kultur. Gerade in dieser Region muss man sagen: Der Tourismus ist ein Wirtschaftsfaktor in diesem Bereich und gehört gerade in einer Biosphärenregion mit einer besonderen Beachtung ausgestattet.

Es geht um die Bewahrung von Eigenart, Vielfalt und Schönheit auch des Landschaftsbildes. Bedeutend ist aber auch, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit immer unter Berücksichtigung – das macht das Besondere an der Biosphäre aus – umwelt- und sozial verträglicher Standards erfolgen muss: der Einsatz nachwachsender Rohstoffe und die Nutzung regenerativer Energieträger, die Stärkung des regionaltypischen Handwerks und Gewerbes durch regionale Wirtschaftskreisläufe.

Es sollen neue Ansätze erprobt und auch etabliert werden, um den Schutz des Naturhaushalts und die Entwicklung der Landschaft als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum miteinander zu verbinden. Die Entwicklung einer umweltgerechten Landnutzungspraxis, d. h. einer nachhaltigen land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Nutzung, hat ebenfalls eine große Bedeutung. Dazu gehört auch die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels. Dazu zählt auch: Wie sieht es aus mit der Transporteffizienz im Personen- und Güterverkehr?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, was ganz besonders wichtig ist: Eine Biosphärenregion ist keine Käseglocke. Es wird nichts darübergestülpt und nicht alles konserviert, sondern es wird auch darin eine nachhaltige Weiterentwicklung gefordert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Es geht um die nachhaltige Entwicklung im Einklang mit Ökologie, Ökonomie und sozialer und kultureller Umwelt. Es ist hervorzuheben, dass Biosphärenreservate oder Biosphärenregionen Umweltschutz und Wirtschaft zusammenbringen und ein einträchtiges Zusammenleben von Menschen und Natur bewirken sollen.

Da muss man schauen: Wie sieht diese Region aus? Diese Biosphärenregion im Gebiet einer Metropolregion Rhein-Main bietet unglaublich gute Chancen für eine beispielhafte Entwicklung einer auf Nachhaltigkeit gestützten Handlungs- und Wirtschaftsweise. Dies ist mit Blick – das tun wir auch – auf den bedeutenden Wirtschaftsstandort, den

Bevölkerungszuwachs, die Arbeitsplätze, die Wohnungen, die Verkehrsplanung sowie die nachhaltige Trinkwassernutzung in der gesamten Metropolregion besonders wichtig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Dafür gibt es auch einen Kriterienkatalog der UNESCO. Laut diesem Kriterienkatalog der UNESCO muss eine Biosphärenregion Landschaften und Lebensräume umfassen, die von den Biosphärenreservaten der Bundesrepublik nicht ausreichend repräsentiert werden und die aufgrund ihrer natur- und kulturräumlichen wie auch gesellschaftlichen Gegebenheiten in besonderer Weise geeignet sind, das MAB-Programm der UNESCO beispielhaft umzusetzen und international zu repräsentieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, die Gegebenheiten einer Biosphärenregion Wiesbaden/Rheingau-Taunus/Mainspitze würden genau auch diesen Kriterien entsprechen können. Wir können feststellen, dass auch jede Gemeinde in der angedachten Biosphärenregion ihre Besonderheiten und ihre eigenen markanten Aspekte hat. Diese würden im Rahmen einer ausgewiesenen Biosphärenregion in keiner Weise geschmälert oder verloren gehen. Das Gegenteil ist der Fall. Sie können aus dem regionalen Kontext neue Bedeutung und Bekanntheit gewinnen. Deshalb sage ich, es ist ein erstrebenswertes Ziel, diese Schätze zu heben und besser bekannt zu machen durch ein kooperatives Projekt und einen gemeinsamen Auftritt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Doch was sind die Besonderheiten dieser angedachten Biosphärenregion Wiesbaden/Rheingau-Taunus/Mainspitze? Ich habe versucht, es Revue passieren zu lassen, aber ich sage gleich vorweg: Das kann ich nicht alles aufzählen. Da sind so viele gute Dinge, so viele Besonderheiten, so viele Pluspunkte, die man benennen müsste. Ich werde es daher nur exemplarisch tun.

Wir haben den Qualitätsanbau im Rheingau in Verbindung mit der Rheinromantik. Es sind die touristischen Schwerpunkte, die zahlreiche Menschen anlocken. Dazu gehören das Niederwalddenkmal und auch Rüdesheim.

Im Rheingau-Taunus-Kreis haben wir eine große Waldfläche. Auf 55,7 % der Fläche – das sind über 45.000 ha – ist Wald zu finden. Der Untertaunus ist von Landwirtschaft geprägt, und der Naturpark Rhein-Taunus bietet eine naturnahe Erholung nicht nur für Tagesausflügler aus dem Rhein-Main-Gebiet. Wer schon einmal im Naturpark Rhein-Taunus war, der weiß um die Besonderheiten. Dort ist das größte Vorkommen der europäischen Wildkatze und der Äskulapnatter zu finden.

Es gibt eine Reihe von Natura-2000-Gebieten mit einer besonderen Verantwortung für bestimmte Arten wie z. B. den Hirschkäfer. Dies sind Perlen im Naturschutz, genauso wie die Natura-2000-Gebiete der Rheininseln, die Rast- und Überwinterungsmöglichkeiten für zahlreiche Vögel bieten wie z. B. für Schwarz- und Rotmilane.

Um diese Aufzählung zu erweitern: Es gibt bereits zwei bedeutende UNESCO-Welterbestätten: den Limes und das

Obere Mittelrheintal. Wiesbaden verfügt über zahlreiche Thermal- und Mineralquellen. Es ist eines der ältesten Kurbäder Europas. Kurbetriebe sind zu finden in Schlangenbad und Bad Schwalbach.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Spannungsfeld von urbaner Metropolregion und einem vielfältigen Natur- und Landschaftsraum stellt für die UNESCO sehr wahrscheinlich ein interessantes Projekt dar. Was besonders zu betonen ist: Eine Anerkennung als UNESCO-Biosphärenregion würde bedeutende Chancen für die Einwerbung von Fördermitteln bei der Europäischen Union bieten, sei es ELER, LEADER, ESF oder EFRE.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Das heißt, finanzielle Mittel werden explizit in solche Regionen geleitet, damit diese Regionen sich so entwickeln können, wie man es vonseiten der UNESCO möchte.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, mitentscheidend für den Erfolg eines Biosphärenreservats ist aber auch die Akzeptanz der ortsansässigen Bevölkerung. Diese Akzeptanz ist absolut wichtig.

(Zuruf der Abg. Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es bedarf daher einer sorgfältigen Beratung, einer guten Öffentlichkeitsarbeit und Planung sowie eines kontinuierlichen Dialogs. Dieser Dialog muss mit Feingefühl und Fantasie geführt werden. Das entspricht auch dem Willen der UNESCO.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss. – Da ist es besonders wichtig, diese Akteure in eine mögliche Realisierung der Biosphärenregion einzubeziehen. Dieses Programm der UNESCO mit dem Titel „Mensch und Biosphäre“ zeigt dies ausdrücklich. Es ist gewünscht, dass der Mensch dies mitgestaltet. Wir von politischer Seite wollen es unterstützen. Ich hoffe, dass wir eine breite Zustimmung zu unserem Antrag erhalten werden. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Hammann. – Als Nächster hat Herr Abg. Jürgen Lenders für die Fraktion der Freien Demokraten das Wort. Bitte sehr.

#### **Jürgen Lenders (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sollten erst einmal festhalten, was ein Biosphärenreservat überhaupt ist und was es bedeutet, wenn wir hier darüber diskutieren wollen.

Meine Damen und Herren, wir reden von einer Mindestfläche von 30.000 ha. Von diesen 30.000 ha müssen mindestens 3 % als Kernzone stillgelegt und der Natur überlassen werden. Diese 3 % Kernzone sind, wenn man so etwas in Europa überhaupt noch finden kann, so etwas wie Urwald, europäischer Urwald.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass sich die Landesregierung mit der Ausweisung der Kernzone von 3 % im Biosphärenreservat Rhön schon wahnsinnig schweगतan hat. Frau Kollegin, wenn Sie dieses tolle Projekt beschreiben, müssen Sie auch die Frage beantworten, woher Sie diese 3 % Kernzone nehmen wollen. Woher nehmen Sie diese 3 % Kernzone? Wie groß ist dieses Gebiet insgesamt? Denn davon wird auch abhängig sein, wie viel die 3 % ausmachen.

Es wird auch wichtig sein, dass diese 3 % hinsichtlich des Naturschutzes einen sinnvollen Zusammenhang haben. Ich bin gespannt, wie Sie das darstellen wollen. Denn die 3 % Kernzone sind von der Pflegezone mit 25 bis 30 % umgeben, die sich dort herum etablieren muss, damit dieser Urwald überhaupt erzeugt werden kann. Sie ist sozusagen die Pufferzone.

Frau Kollegin, Sie müssen dabei auch überlegen, dass das in einem dicht besiedelten Gebiet ist. Wenn Sie Pflegezone und Kernzone zusammennehmen, dann müssen Sie intensiv das Gespräch suchen. Das muss im Vorfeld geschehen. Das kann nicht nach dem Motto gehen: Das klären wir dann irgendwann. – Sie müssen im Vorfeld genau sagen, wohin Kernzone und Pflegezone kommen sollen. Mit Ihrem vorliegenden Antrag werden Sie da nicht so sehr deutlich. Der Antrag hat für mich keine genaue Zielrichtung.

Offenbar hat man einfach eine Fläche ausgesucht und sucht jetzt mit einer Studie nach dem Grund, warum es ein Biosphärenreservat werden soll. Normalerweise wird andersherum ein Schuh daraus. Sie können nicht einfach nach dem Motto sagen: Wir hätten hier gerne ein Biosphärenreservat. – Vielmehr kommt die UNESCO in der Regel auf Antrag. Sie sagt dann: Jawohl, Sie haben recht. Hier gibt es viel Substanz. Das ist eine einmalige Struktur. – Das betrifft z. B. das Wattenmeer oder die Dünen in Spanien. Da sagt man: Jawohl, das ist ein Biosphärenreservat, bitte lasst uns das schützen. – Dann schafft man dafür die Rahmenbedingungen.

Frau Kollegin, Sie sind da die Antwort schuldig geblieben. Was ist die besonders schützenswerte Eigenschaft der Natur? Sie haben den romantischen Rhein erwähnt. Sie haben das Niederwalddenkmal genannt. Sie haben das UNESCO-Weltkulturerbe erwähnt. Sie haben die ehemaligen Staatsbäder erwähnt. Frau Kollegin, Tourismus ist keine Grundlage für ein Biosphärenreservat. Das hat mit einem Biosphärenreservat überhaupt nichts zu tun.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Doch, natürlich!)

Es ist schön und gut, dass wir das dort haben. Aber mit einem Ansatz dafür, dass wir sozusagen eine einmalige Natur haben, die auch Vorbildfunktion haben kann, hat all das, was Sie geschildert haben, nun leider überhaupt nichts zu tun.

Welche Erfahrungen aus dem Rheingau – er ist zum großen Teil ein Weinanbaugebiet – könnten denn Lehren für die anderen Regionen Europas sein? Wir haben als Partnerregionen die Aquitaine und die Emilia-Romagna.

Das sind wirklich große Weinanbaugebiete. Wie könnten wir denn für die Vorreiter sein? Denn auch das ist ein Teil eines Biosphärenreservats. Andere würden sich dann an uns orientieren. Ich bin einmal gespannt, wie Sie das darstellen wollen. Mit den Argumenten, die Sie hier vorgetragen haben, kommen Sie da nicht weiter. Hinsichtlich der Kernzone ist eine Bewirtschaftung mit Weinanbau mit Sicherheit nicht der richtige Ansatz.

Es geht auch um die Frage der Akzeptanz. Einige kommen aus Fulda oder aus der Rhön. Kollege Meysner ist da. Er ist der ehemalige Bürgermeister von Tann. Kollege Arnold ist es auch. Wir wissen, über wie viele Jahre man in Fulda sehr skeptisch war, was das Biosphärenreservat Rhön angeht. Man hat lange gebraucht, um die Menschen in der Rhön in den Prozess mit einzubinden. Ich habe gestern einmal kurz mit Herrn Dr. Beier darüber gesprochen. Er sagt, es habe ungefähr zehn Jahre nach Einführung des Biosphärenreservats gedauert, bis die Menschen hätten erkennen können, welche Vorteile für sie darin liegen.

Wenn Sie das angehen wollen, ist das eine große Herausforderung. Man will hier jetzt einfach nur einen Prüfauftrag vergeben. Das ist ein schönes Projekt. Am Ende sagt man dann: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. – Am Ende werden Sie sehr konkret werden müssen. Dann werden Sie es mit erheblichen Widerständen zu tun bekommen.

Eines der großen Probleme, das Sie in dieser Region haben und das Sie von der Rhön unterscheidet, ist, dass es eben keine zusammenhängende Identität gibt. Die Rhöner haben das. Egal, ob das die Bayerische, die Hessische oder die Thüringer Rhön ist, sie sind Rhöner. Sie vertragen sich nicht immer unbedingt mit den Fuldaern. Aber sie haben eine einheitliche Identität. Deswegen ist das auch eine Erfolgsstory. Ob sich ein Wiesbadener mit einem Hochheimer am Ende eine eigene, zusammenhängende Identität schaffen kann, da bin ich durchaus im Zweifel.

Ich glaube, dass der Ballungsraum, so wie er hier vorliegt, für ein Biosphärenreservat nicht geeignet ist. Ich will Ihnen noch eines mitgeben: Bevor wir uns an die Schaffung des zweiten Biosphärenreservats machen, wäre wirklich etwas anderes gut. Wir haben mit dem Biosphärenreservat Rhön etwas geschaffen, was einmalig ist. Es hat wirklich Vorbildcharakter. Es trägt wirklich etwas zur Wirtschaftskraft bei.

(Zuruf)

– Frau Hinz, Sie haben doch gleich die Gelegenheit. Vielleicht gehe ich Ihnen auf die Nerven. Sie können doch gleich antworten.

Wichtiger wäre es doch, einmal zu sagen, wie wir mit der Kernzone im Biosphärenreservat Rhön umgehen wollen. Sie können das nicht wegdiskutieren. Frau Puttrich hat seinerzeit einen Flickenteppich hinterlassen, der aus dem Gesichtspunkt des Naturschutzes nicht sonderlich sinnvoll war. Das Land hat mit einem Kraftakt das Geld zur Verfügung gestellt, um 3 % der Flächen zu erwerben. Nur stehen die 3 % Flächen in der Rhön in keinem direkten Zusammenhang.

Wenn wir uns auf den Weg machen, wenn wir sagen, wir wollen mit dem Biosphärenreservat wirklich etwas besonderes machen, dann lassen Sie uns als Land Hessen lieber das Geld in die Hand nehmen und aus der Kernzone mehr als 3 % Fläche machen. Dann könnte nämlich das Biosphä-

renreservat in der Rhön wachsen. Es würde dann für mehr Menschen eine Chance bieten. Frau Kollegin, damit würde dann ein Schuh daraus. Wir würden diesen Flickenteppich endlich beenden. Wir würden damit eine Kernzone schaffen, die wirklich sinnvoll wäre.

(Beifall der Abg. Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn und Nicola Beer (FDP))

Wir haben z. B. die Immobilien, in denen das Jugendbildungswerk und die Verwaltungsstelle untergebracht sind. Das sind die historischen Gebäude auf der Wasserkuppe. Frau Kollegin, sie befinden sich seit Jahren in einem bedauerlichen Zustand. Bevor wir uns auf den Weg machen, die zweite Baustelle aufzureißen, bei der wir nicht wissen, wie es ausgehen wird, wäre es doch sinnvoll, die Energie dafür zu verwenden, die Verwaltungsstelle und die Einrichtungen, die auf der Wasserkuppe sind, wirklich einer modernen und vernünftigen Nutzung zuzuführen. Damit würde das Biosphärenreservat wirklich für alle erlebbar. Das Provisorium hätte dann endlich ein Ende. Damit wären wir wirklich auf einem guten Weg. Das wäre aller Ehren wert.

(Beifall der Abg. Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn, Nicola Beer (FDP) und Sabine Waschke (SPD))

Da hätten Sie uns auch an Ihrer Seite.

Dann haben Sie die nächste Frage zu beantworten. Wer soll denn die Verwaltungsstelle führen? Frau Kollegin, sollen das die Landkreise tun? In Fulda haben wir es zum größten Teil mit einem Landkreis zu tun. Oder macht das dann wieder das Umweltministerium? Die Frage hatten wir seinerzeit. Für uns war klar, dass es viel sinnvoller ist, die Stellen und die Verwaltung wirklich in die Region zu geben. Denn die Menschen vor Ort wissen besser, wie sie damit umzugehen haben, als wenn das aus dem Ministerium gelenkt wird. Frau Kollegin, auch das sind Fragen, die Sie irgendwann einmal beantworten müssen.

(Beifall der Abg. Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn und Nicola Beer (FDP))

Sie haben ein schönes Bild für eine Region gezeichnet, die wir für ungeeignet halten. Es wäre besser, wir würden die Energie in das Biosphärenreservat stecken, das wir schon haben. Das ist das Biosphärenreservat Rhön. – Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn und Nicola Beer (FDP))

### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Herr Kollege Lenders, vielen Dank. – Als Nächster hat sich für die Fraktion der SPD Herr Kollege Marius Weiß zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

### **Marius Weiß (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach Fipronil heute früh jetzt die Biosphärenregion. Da könnte man rein thematisch sagen: nach den alten Eiern nun die ungelegten Eier. Zumindest dachte ich, dass es sich um ungelegte Eier handeln würde. Darauf komme ich später noch einmal zu sprechen.

Wir reden über die Biosphärenregion Wiesbaden/Rheingau-Taunus/Mainspitze – in der Tat ein hochinteressantes

Projekt. Deswegen hat der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises auf Antrag der dortigen SPD-Fraktion beschlossen, dieses Projekt weiterhin zu untersuchen. Unsere Landschaft in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main steht unter Druck. Die Region wächst dynamisch. Wir stellen einen fortschreitenden Flächenverbrauch fest.

Unsere Region hat aber auch große Chancen, Teil des weltweiten Netzwerkes der UNESCO zu werden. Eine Biosphärenregion im Gebiet von Taunus, Rheingau, Wiesbaden, Main-Taunus und Rhein kann vor allem folgenden Zielsetzungen nachkommen: Bewahrung und Entwicklung einer über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft mit einmaligen Merkmalen; nachhaltige Entwicklung einer Metropolregion im Einklang mit der Bewahrung der Natur und grüner Infrastruktur; Bewahrung und Beförderung der biologischen Vielfalt in einer prosperierenden Region; nachhaltig wirksame Maßnahmen zur Klimaanpassung, zur Energiewende und zur Infrastrukturentwicklung.

Das alles sind Punkte, bei denen wir große Chancen mit einer solchen Biosphärenregion sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber es gibt – das hat der Kollege Lenders schon angesprochen, und das kann man nicht einfach wegwischen –, viele Akteure vor Ort, die darin auch gewisse Risiken sehen. Man muss hier abwägen, man muss vor allem darüber aufklären, was das Ganze für eine Region bedeutet. Dazu gehört es dann auch, zu sagen, dass selbstverständlich eine Kernzone erforderlich ist, die aber schon definiert ist, und dass kein kommunaler Wald betroffen ist, sondern dass es sich ausschließlich um hessischen Staatswald handelt.

Kollege Lenders, auch eine Pufferregion ist erforderlich, und zwar nicht von 25 % oder 30 %, sondern von 20 %. Auch diese Region ist schon klar umrissen. Beides wird im Übrigen im Rheingau-Taunus-Kreis liegen. Wenn der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises dieser Machbarkeitsstudie zustimmt, dann sollte man das auch so hinnehmen; denn dort hat man sich mit den geäußerten Bedenken sicherlich auseinandergesetzt. Im Übrigen bedeutet eine Pufferzone von 20 % zugleich, dass 80 % dieses Gebiets völlig frei von Restriktionen sind.

Die Etablierung einer Biosphärenregion im Gebiet einer europäischen Metropolregion bedeutet eine große Herausforderung. In Deutschland ist so etwas noch Neuland. Die Machbarkeitsprüfung, die rechtliche Ausweisung und das UNESCO-Antragsverfahren, die Etablierung einer urban geprägten Biosphärenregion – das ist ein sehr großes Vorhaben mit vielen Facetten.

Gerade in einer Metropolregion sind die Problemstellungen der Umwelt-Mensch-Beziehungen am größten und nur schwierig zu lösen, da schon heute über 50 % der Menschheit in Städten und Ballungsräumen leben. Eine Biosphärenregion lebt von und mit ihren Menschen. Die Zivilgesellschaft, ihre Teilhabe und deutliche Einbindung sind daher ausschlaggebend für den Erfolg eines solchen Projekts. Dies soll und muss daher von Beginn eines solchen Prozesses an bis zu seiner Realisierung und Durchführung gewährleistet sein.

Damit kommen wir so langsam in den Bereich, wo die Landesregierung tätig werden müsste. Das ist eine klare Aufgabe, eine entsprechende Einbindung der Akteure vor Ort zu administrieren. Es gibt vor Ort eine ganze Menge an

Einzelpersonen, aber auch an Verbänden und Institutionen, die sich bereits mit diesem Thema beschäftigen.

An erster Stelle muss der Naturpark Rhein-Taunus mit dem Geschäftsführer Andreas Wennemann genannt werden. Der Naturpark könnte als zentrale Kooperationsstelle dienen, in der Koordinierung eine wichtige Rolle übernehmen und gegebenenfalls später in der Biosphärenverwaltung aufgehen. Die Stiftung „Unser Land! Rheingau und Taunus“ ist hier zu nennen.

Ebenso gehören Bildungsinstitutionen vor Ort dazu. Hier könnte die Hochschule Geisenheim als fester Partner auftreten. Der dortige Prof. Werk hat sich in diesem Zusammenhang sehr hervorgetan und hochinteressante Ideen zu diesem Thema entwickelt. Auch die Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden oder die Hochschule Fresenius in Idstein könnten wichtigen Partner werden.

Viele Verbände und Einzelpersonen sind bereits engagiert und befassen sich mit diesen Themen. Dazu gehören auch kritische Verbände; so hat sich der Kreisbauernverband damit befasst, aber auch – der Kollege Lenders hat den Weinbau erwähnt, der im Rheingau-Taunus-Kreis besonders wichtig ist – der Rheingauer Weinbauverband. Natürlich gibt es dort auch kritische Stimmen. Der Präsident des Rheingauer Weinbauverbandes, unser ehemaliger Kollege Peter Seyffardt, hat schon Kontakt aufgenommen mit der Wiener Region – die Kollegin Hammann hat schon gesagt, dass es auch in Wien eine solche Biosphärenregion gibt –, um zu schauen, wie man Weinbau in einer solchen Biosphärenregion betreiben kann und welche Restriktionen es eventuell gibt. Es gibt also eine Menge Akteure vor Ort. Jetzt ist die Landesregierung gefordert, diese Akteure mitzunehmen. Vor allem muss sie jedoch vor Ort für Akzeptanz werben.

Einen Vorwurf kann ich Ihnen allerdings nicht ersparen, Frau Hammann. Bei den GRÜNEN sehe ich bislang wenig Erfolg bei dieser Handlungsweise. Lassen Sie mich das an ein paar Beispielen erklären. Es sind ja nicht nur der Rheingau-Taunus-Kreis und Wiesbaden dabei, sondern auch der Main-Taunus-Kreis. In Ihrem Antrag steht, dass sich auch der Main-Taunus-Kreis dafür einsetzt und die Bereitschaft unterstützt.

Ich sage Ihnen mal, wie das wirklich gelaufen ist: Ihre hauptamtliche Kreisbeigeordnete im Main-Taunus-Kreis, Frau Overdick, hat die vier betroffenen Bürgermeister eingeladen, hat sie mit ziemlich dicken Tischvorlagen bombardiert und gesagt: Ihr könnt jetzt erst mal eine Lesepause machen und euch mit diesem Thema beschäftigen. – Die Bürgermeister sind dann wutentbrannt gegangen. Im Kreistag ist das Thema überhaupt nicht debattiert worden. Wenn hier steht, dass der Main-Taunus-Kreis das Ganze unterstützen würde, ist das schlicht die Unwahrheit. So wirbt man nicht für Akzeptanz, wenn man bewusst etwas Falsches in einen Antrag schreibt.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt. Sie bringen diesen Antrag im Alleingang ein. Wenn man so etwas politisch auf breite Füße stellen will und wenn man weiß, dass es, mit Ausnahme der FDP, außer der Koalition noch zwei andere Fraktionen gibt – nämlich DIE LINKE und die SPD –, die im Kreistag zugestimmt haben und die diesem Projekt im Grundsatz offen gegenüberstehen, dann finde ich es ziemlich unklug, aus reinem Themenmangel aus diesem Punkt einen Alleingang zu machen und die anderen Fraktionen nicht einzu-

binden. So macht man es nicht, wenn man Akzeptanz schaffen will.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Damit komme ich zum letzten Punkt. Hier steht: „Der Landtag ... bittet ... die Landesregierung, eine ergebnisoffene Machbarkeitsstudie ... auf den Weg zu bringen.“ Da kann man aus unserer Sicht erst mal nichts dagegen haben. Daraufhin habe ich interessehalber in der Hessischen Ausschreibungsdatenbank nachgeschaut und festgestellt – Referenznummer 17/3265; das können Sie nachlesen –: Auftraggeber: Land Hessen, vertreten durch das HCC; Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber: Rahmenvertrag zur Erstellung, Prozessbegleitung und zum -management einer Machbarkeitsstudie „Biosphärenregion im Gebiet Rheingau-Taunus/Wiesbaden/Mainspitze“; Tag der Veröffentlichung in der HAD: 24.08.2017.

(Günter Rudolph (SPD): Das glaube ich ja nicht! – Weitere Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, man könnte fast meinen, das sei eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Ulrich Wilken (LINKE))

Zumindest aber ist das eine echte Unverschämtheit, was Sie uns hier vorlegen. Wir sollen hier und heute beschließen, dass die Landesregierung gebeten wird, eine solche ergebnisoffene Machbarkeitsstudie auf den Weg zu bringen, wo sie es doch schon längst getan hat.

(Günter Rudolph (SPD): Genau! So ist es!)

Und das mit Datum vom 22. August dieses Jahres – am 24. August hat die Landesregierung das Ganze auf den Weg gebracht. Da muss ich ganz ehrlich sagen: Für dumm verkaufen können wir uns alleine.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt!)

Das ärgert mich wirklich, weil wir inhaltlich nämlich zu dieser Machbarkeitsstudie stehen. Wir stehen dazu, und wir würden diesem Antrag eigentlich gerne zustimmen. Wenn aber erstens in dem Antrag etwas Falsches im Hinblick auf die Machbarkeitsstudie steht und wir zweitens veräppelt werden sollen, indem wir etwas beschließen sollen, was die Landesregierung längst beschlossen hat, wir also über einen Schaufensterantrag beschließen sollen, dann hat das eher etwas mit Eigensinn und amateurhaftem Verhalten zu tun, trägt aber nicht dazu bei, die Akzeptanz für einen solchen Antrag zu erhöhen.

Deswegen können wir uns bei dem Antrag heute nur enthalten, was ich sehr bedauere. Dafür ist jedoch niemand anders verantwortlich als Sie und Ihre Fraktion, liebe Frau Hammann. Wenn man weiterhin so mit diesem Projekt umgeht wie Sie, dann fährt man es gegen die Wand.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Vielen Dank, Herr Kollege Weiß. – Als Nächste hat sich Frau Kollegin Müller-Klepper für die Fraktion der CDU zu Wort gemeldet. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

**Petra Müller-Klepper (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hessen ist ein Land voller wunderbarer Landschaften und großartiger Natur. Obwohl wir der Verkehrsknotenpunkt Europas und eine der wirtschaftsstärksten Regionen der Welt sind, haben wir unsere Umwelt und Natur bewahrt. Wir arbeiten dafür, sie auch in Zukunft zu erhalten.

Neben flächendeckenden Maßnahmen für Umweltschutz und Artenvielfalt spielen dabei auch und gerade unsere Naturschutzgroßprojekte eine wichtige Rolle. Wir haben mit dem Kellerwald einen großartigen Nationalpark, der in der Region sehr gut angenommen wird, der den Tourismus am Edersee belebt und ergänzt hat und der für den Erhalt unserer traditionellen Umweltstrukturen gerade im Bereich der Buchenwälder und der damit verbundenen Arten eine wesentliche Rolle spielt.

Wir haben ein länderübergreifendes UNESCO-Biosphärenreservat in der Rhön, das ebenfalls sehr erfolgreich ist. Auch hier funktioniert der Schutzstatus sehr gut mit den Zielen einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, mit dem Tourismus und mit den Wünschen der Region. Ich könnte noch viele weitere erfolgreiche Beispiele nennen, sei es das Großprojekt „Hoher Vogelsberg“, das UNESCO-Projekt „Lebenswerte Lahn“ oder das „Grüne Band durch Hessen“.

Unser heutiges Thema ist ein weiterer Schritt bei diesen Aktivitäten, ein weiterer Baustein, mit dem wir eine Region in den Blick nehmen, die über viele Vorzüge verfügt, die wirtschaftlich stark ist, die über eine einzigartige Landschaft, über kulturelle Vielfalt verfügt. All dies gilt es zu bewahren und behutsam weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Hammann hat bereits einige Glanzlichter dieser Region beschrieben. Wir haben seit vielen Jahren die Diskussion über die Idee, gebietskörperschaftsübergreifend in Wiesbaden, im Rheingau-Taunus, an der Mainspitze eine weitere Biosphärenregion einzurichten. Der Ansatz, eine solche Region im hoch verdichteten Bereich des Rhein-Main-Gebiets und unter Beteiligung der Landeshauptstadt zu entwickeln, ist herausfordernd; denn wenn man an Biosphäre denkt, dann kommen einem sicherlich nicht zuallererst die hoch entwickelten, wirtschaftlich starken, von einem engen Straßen- und Schienennetz durchzogenen Regionen am Zusammenfluss von Rhein und Main in den Sinn, ebenso wenig wie die Landeshauptstadt mit ihrer hohen Siedlungsdichte.

Genau deshalb ist es aber auch eine spannende Frage. Kann eine UNESCO-Biosphärenregion in einem so verdichteten Raum funktionieren? Bekommen wir den Schutz unserer Landschaft, der Natur und der Arten, die hier leben, in einen guten Einklang mit der Entwicklung der Region mit dem notwendigen Straßenausbau, mit der Land- und Forstwirtschaft und natürlich insbesondere auch mit dem Weinbau? Können wir den Menschen im Ballungsraum ein UNESCO-Naherholungsgebiet vor ihrer Haustür bieten, das Chancen für Tourismus und vieles mehr bietet, ohne dass wir die Dynamik der Region gefährden? Findet ein solches Vorhaben Akzeptanz bei den Menschen vor Ort? Nur dann, wenn eine Biosphärenregion von den Menschen getragen wird, kann sie auch funktionieren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Entschuldigung, Frau Kollegin. – Ich muss jetzt einmal um Ruhe bitten. Im Bereich des Plenums haben die Gespräche mittlerweile etwas überhandgenommen. Vielleicht können wir der Rednerin etwas mehr Aufmerksamkeit widmen.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Das ist auch kein Wunder!)

**Petra Müller-Klepper (CDU):**

Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises hat sich schon mehrfach mit diesem Thema beschäftigt und Offenheit für die Idee gezeigt. Vor Kurzem hat nun auch die Stadt Wiesbaden signalisiert, dass sie zumindest der Antwort auf die offenen Fragen offen gegenübersteht.

Ich will hier sehr deutlich sagen, dass es mir und meiner Fraktion an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt genau darum geht. Es gibt Fragen, bei manchen Sorgen oder Befürchtungen, bei anderen Hoffnungen oder Erwartungen. Beiden, den Hoffnungen und den Befürchtungen, begegnet man am besten mit Fakten statt mit Spekulationen.

Die Regierungsfractionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben daher vereinbart – dies ist auch in der Koalitionsvereinbarung verankert –, dass wir eine Machbarkeitsstudie gemeinsam mit den Betroffenen in den Regionen auf die Schiene bringen. Als Land wollen und können wir diesen Prozess begleiten. Wir wollen und werden ihn aber nicht vorschreiben. Wir legen Wert darauf, dass diese Studie ergebnisoffen ist. Wir müssen Chancen und Risiken unvoreingenommen ernsthaft prüfen, um zu wissen, welche Sorgen berechtigt und welche Sorgen unberechtigt sind. Das gilt genauso für die Hoffnungen und Erwartungen, die damit verbunden sind.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir möchten daher, dass man sich fachlich und rechtlich vertiefter damit beschäftigt, wie eine solche Region ausgestaltet werden könnte. Wir wollen dies wissenschaftlich fundiert tun. Hat man – das ist schon angesprochen worden – die notwendigen Flächen, um die Anforderungen der UNESCO zu erfüllen, ohne dass man weitere Stilllegungen oder Eingriffe zulasten des Weinbaus oder von Forst- und Landwirtschaft vornehmen muss? Kann man einen wirklich messbaren Nutzen für den Naturschutz, den Artenschutz und den Landschaftsschutz erreichen? Bringt ein solches Projekt der Region wirklich bessere Chancen im Bereich des Tourismus? Beschneiden wir an irgendeiner Stelle Entwicklungsziele oder Entwicklungspotenziale, die wir als Region brauchen und erhalten wollen?

Es gibt – auch das ist schon angedeutet worden – in den Regionen auch Verantwortungsträger, die dem Vorhaben sehr skeptisch gegenüberstehen und die der Auffassung sind, dass es nicht geht. Ich habe Verständnis dafür, dass eine solche Debatte Sorgen auslöst und dass hierdurch Widerstände entstehen; denn die Fragen sind ja nicht trivial, sondern sie betreffen ganz direkt und unmittelbar viele Menschen. Deshalb dürfen wir auch nicht den Eindruck erwecken, wir würden eine solche Maßnahme mal eben einfach über die Köpfe der Leute hinweg umsetzen und dann

sehen, was passiert. Genau so machen wir es nicht. Wir nehmen die Ängste und Sorgen sehr ernst, und wir gehen sehr sorgfältig mit ihnen um. Uns ist wichtig, dass der Prozess mit einer breiten Beteiligung der Betroffenen, der Akteure vor Ort im Dialog stattfindet. Es gilt natürlich, die Kommunen einzubinden, den Weinbau, die Bauernverbände, aber auch die guten Institutionen, über die wir in den Regionen verfügen. Die Hochschule Geisenheim University ist genannt worden.

Ich halte es für richtig, dass wir all diese Fragen mit wissenschaftlicher Expertise prüfen. Sowenig Hoffnungen und Erwartungen allein ausreichen, um ein solches Projekt umzusetzen, so wenig reichen Ängste und Befürchtungen aus, ein Projekt einfach abzulehnen. Hier ist die Machbarkeitsstudie der richtige Weg. Für sie hat sich auch ausdrücklich der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises mit breiter Mehrheit ausgesprochen. Sie schafft das Fundament für die weitere Debatte, für das Abwägen der Vor- und Nachteile und letztendlich für das Treffen der Grundsatzentscheidung.

Es wird keine Schnellschüsse und auch kein Gefälligkeitsgutachten geben, sondern eine objektive Prüfung aller Aspekte und eine fundierte Analyse. Anhand der Ergebnisse kann dann beurteilt werden, ob die Chancen die Risiken überwiegen und ob man für die Probleme Lösungen findet oder ob Probleme und Widerstände doch eine so ernsthafte Grundlage haben, dass man von dem Vorhaben Abstand nimmt.

Das ist das richtige und verantwortungsbewusste Vorgehen bei einem Projekt wie diesem, das seine Wirkung über Jahrzehnte entfalten wird. Ich begrüße, dass wir uns mit den Verantwortungsträgern in der Region auf ein solches Verfahren einigen konnten. Wenn wir so vorgehen, kann das ein interessanter und spannender Prozess werden. Er wird auf jeden Fall auch innovativ sein; denn es werden Kreis- und Stadtgrenzen übergreifend gemeinsam Antworten auf die Fragen der Regionalentwicklung gesucht werden. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Klepper. – Ich erteile jetzt Frau Abg. Schott von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Präsident, Sie müssen schon Verständnis dafür haben, dass auf der linken Seite des Hauses nach dem, was Marius Weiß in seiner Rede eben öffentlich gemacht hat, ein bisschen Unruhe herrschte. Dass anschließend Frau Müller-Klepper hier ans Mikrofon geht und ihre vorbereitete, standardisierte Rede ohne eine einzige Bemerkung zu dem, was wir zuvor erfahren haben, hält, das ist schon Hardcore.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Frau Abg. Schott, wenn Sie meinen, meine Verhandlungsführung kritisieren zu müssen, dann machen Sie das bitte auf einem geeigneten Weg, aber nicht hier in der Sitzung.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

(Horst Klee (CDU): Es gibt keine Debatte mit dem Präsidenten!)

#### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Ich wiederhole: Wenn Sie meinen, es gebe etwas an meiner Verhandlungsführung zu kritisieren, dann wählen Sie bitte den dafür geeigneten Weg, aber nicht das Plenum. Wenn wir das länger erörtern müssen, dann unterbreche ich die Sitzung. – Bitte führen Sie Ihre Rede fort.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Herr Präsident, ich habe nicht Ihre Sitzungsleitung kritisiert. Ich habe lediglich erklärt, warum in diesem Hause gerade ein gerüttelt Maß an Empörung herrscht. Ich finde, dass wir hier auch darüber reden sollten.

(Beifall bei der LINKEN – Clemens Reif (CDU): Es herrscht Empörung, weil Sie reden!)

– Nein, das gerüttelt Maß an Empörung liegt nicht daran, dass ich rede, sondern dass es Frau Müller-Klepper fertigbringt, im Anschluss an das, was uns Herr Weiß gesagt hat, ihre vorbereitete, standardisierte Rede zu halten,

(Ismail Tipi (CDU): Was Sie sagen, ist unkollegial! – Weitere Zurufe von der CDU)

und dass wir mit einem Antrag konfrontiert werden, der im Grunde genommen obsolet ist. Wenn Sie auch nur ein bisschen Political Correctness und Respekt vor diesem Haus an den Tag legten, würden Sie diesen Antrag zurückziehen und sich bei diesem Parlament dafür entschuldigen, dass wir die Landesregierung zu einem Tun auffordern sollten, was diese längst getan hat.

(Beifall bei der LINKEN – Clemens Reif (CDU): Die Einzige, die sich entschuldigen müsste, sind Sie! – Weitere Zurufe von der CDU)

Jetzt tun Sie so, also ob Sie an dieser Stelle einen Beteiligungsprozess auf den Weg bringen wollten. Den gibt es aber überhaupt nicht.

(Michael Boddenberg (CDU): Kümmern Sie sich um Blockupy! – Clemens Reif (CDU): Glauben Sie Ihre gespielte Empörung selbst? – Weitere Zurufe von der CDU)

Es gibt diesen Beteiligungsprozess offensichtlich überhaupt nicht. Ich finde das gerade bei diesem Thema unglaublich traurig.

(Zurufe von der CDU)

Sie hätten nämlich erreichen können, dass eine große Mehrheit in diesem Hause Ihrem Antrag zustimmt. Wir hätten es getan. Ich bin sicher, auch die SPD-Fraktion hätte es getan, wenn es denn ein ernsthafter Antrag gewesen wäre, die Regierung aufzufordern, etwas Bestimmtes zu tun.

Sie hat es aber längst getan; deshalb brauchen wir die Regierung nicht mehr dazu aufzufordern. Verkasern lassen müssen wir uns hier von niemandem.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Im Grunde genommen ist das, was Biosphärenreservate machen, eine großartige Sache. Es geht um solidarische gesellschaftliche Veränderungen, es geht um nachhaltiges Wirtschaften und um nachhaltige Lebensweisen. Einem solchen Vorhaben würde sich DIE LINKE natürlich nie entgegenstellen; denn das ist der Duktus unserer Politik. Genau deshalb würden wir einen solchen Antrag im Normalfall immer mittragen. Da es aber gar nicht mehr um das Beantragen einer Machbarkeitsstudie geht, ist das eine andere Situation.

Fraglich ist, wie ernst Sie es meinen, wie ernst es die Regierung tatsächlich meint, hier etwas im Sinne von Nachhaltigkeit zu verändern. Im möglichen Biosphärenreservat läge beispielsweise das Staatsweingut. Das Staatsweingut könnte eine Vorreiterrolle spielen. Wenn Sie sowieso schon entschieden haben, dass Sie das machen wollen, dann würde mich schon interessieren, wann auf dem Staatsweingut die Umstellung auf ökologisches Wirtschaften beginnt und warum dieser Umstellungsprozess nicht schon längst begonnen hat. Warum werden dort keine zertifizierten ökologischen Weine erzeugt? Da hätte das Staatsweingut nämlich eine echte Vorreiterrolle – sozusagen eine doppelte Vorreiterrolle; denn es hätte eine auf andere Unternehmungen und auf die Weinbauern in der Region ausstrahlende Wirkung, sich an der Umstellung zu beteiligen und so zu produzieren, wie es – im tieferen Sinne – einem Biosphärenreservat entspräche.

Ich kann mich ausnahmsweise einigen Kritikpunkten der FDP-Fraktion anschließen. Wir haben nämlich in Hessen schon ein Biosphärenreservat, wo viele Dinge nicht ordentlich gemacht werden. Das, was in der Rhön gemacht wird, ist fürchterliches Stückwerk. Dort sollte man erst einmal seine Hausaufgaben gut und ordentlich machen. Wir haben schon vor Jahren gesagt, dass eine Notwendigkeit besteht, dort endlich einmal das zu machen, was in einer Kernzone notwendig ist, nämlich nicht auf Munition dort herumzutampeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Es kann auch nicht nur darum gehen, einer Region ein besser zu vermarktendes touristisches Etikett aufzudrücken. Natürlich soll die Region auch touristisch profitieren; das ist es aber nicht allein. Man muss vielmehr über viele Aspekte nachdenken, z. B. über einen ökologischen Umbau, über mehr öffentlichen Personennahverkehr und über eine Entlastung der Region von Güterverkehr, indem man diesen anders leitet, damit die Menschen und die Region nicht unendlich darunter leiden.

Alle diese Fragen wären zu beantworten und werden in der Zukunft hoffentlich angegangen. Aber bitte erwarten Sie von uns zu diesem Scheinantrag – es ist nicht einmal ein Schaufensterantrag – keine Zustimmung. Das haben Sie leider verweigert.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Vielen Dank, Frau Abg. Schott. – Für die Landesregierung spricht Frau Staatsministerin Hinz. Sie haben das Wort.

#### **Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, man kann die Aufregung wieder ein bisschen herunterfahren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ich begrüße es und freue mich zunächst einmal darüber, dass die Stadt Wiesbaden und der Rheingau-Taunus-Kreis Beschlüsse gefasst haben, die es ermöglicht haben, dass wir vom Ministerium aus Gespräche über die Möglichkeit der Einrichtung einer Biosphärenregion führen konnten.

Diese Gespräche haben bereits stattgefunden. Aus den Gesprächen ging das hervor, was in dem Antrag der Koalitionsfraktionen steht, dass es nämlich dringend geboten ist, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Das, was bislang stattfindet, ist lediglich ein Interessenbekundungsverfahren. Es ist keine Auftragsvergabe erfolgt, und es ist vor allen Dingen überhaupt noch nicht über den Auftrag entschieden. Von daher kann man die Aufregung wieder ein bisschen zurückfahren und sich hier über das eigentliche Thema unterhalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Die Idee für die Entwicklung einer Biosphärenregion muss natürlich in der Region selbst verankert sein; denn es geht ja um deren eigene nachhaltige Entwicklung. Wir alle wissen, dass es sich um eine dynamische Wachstumsregion handelt. Mit einer Machbarkeitsstudie kann geprüft werden, wie dieses Wachstum nachhaltig und zukunftsfest gestaltet werden kann. Wir wollen ja eine Orientierung auf eine klimafreundliche, naturverträgliche, aber durchaus auch der Wirtschaft zugeneigte Wachstumsregion vornehmen.

Auch die Kommunen im Main-Taunus-Kreis, rund um Wiesbaden, wären ein Gewinn für diese Biosphärenregion. Es wäre wirklich gut, wenn sich diese Kommunen entschließen würden, mitzumachen. Ich hoffe sehr, dass wir sie in dem Prozess, der jetzt begonnen hat, überzeugen können und ein positives Votum auch aus dem Main-Taunus-Kreis bekommen. Ich werde am Ende meiner Rede noch einmal darauf zurückkommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Das in Rede stehende Gebiet ist ein bedeutender Wirtschaftsstandort und nimmt am deutlichen Wachstum der Bevölkerung, an Arbeitsplätzen und an Wohnungen in der Region teil. Dieses Wachstum gilt es im Hinblick auf das wertvolle Naturkapital der Region zu gestalten. Hierzu gehören die Langfristziele der Klimaanpassung – dieses Ziel ist inzwischen in die UNESCO-Kriterien aufgenommen worden –, der Flächenschonung, einer guten Luftqualität, eines nachhaltigen Wasserverbrauchs und einer modernen Verkehrsplanung.

Hier gibt es bekanntlich noch einiges zwischen der Stadt und dem Umland zu tun. Hier ist z. B. das Stichwort „City-Bahn-Verlängerung in den Main-Taunus-Kreis“ zu erwähnen; denn die wachsenden Verkehrsströme sollen ja umweltverträglich bewältigt werden.

Es sind aber natürlich auch die klassischen Aufgaben einer Biosphärenregion zu erfüllen: Wie können Landwirtschaft und Weinbau noch mehr an Aspekten der nachhaltigen und

umweltgerechten Bewirtschaftung ausgerichtet werden? Den regional agierenden Unternehmen der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, des Weinbaus und der Gastronomie können in einer Biosphärenregion damit ganz neue Vermarktungsmöglichkeiten eröffnet werden, vor allen Dingen wenn die regionale Herkunft der Produkte und so weit wie möglich auch ihre ökologische Wertigkeit stärker ins Bewusstsein gerückt werden, so, wie das in der Rhön der Fall ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Lenders, im Naturschutz haben wir z. B. mit der Ausweisung der Kernflächen im Staatswald im Rheingau-Taunus-Kreis eine erste gute Grundlage gelegt. Der Wispertaus, der ein weitgehend unzerschnittener Raum ist, ist außergewöhnlich und einmalig. Hier sind auch seltene Arten wie die Bechsteinfledermaus und die Wildkatze zu Hause. Es gibt schon entsprechende Untersuchungen, Würdigungen und Zertifikate.

Auf diesen Grundlagen können sich mit der Anerkennung als Biosphärenregion vor allen Dingen auch Chancen für den Tourismus bieten. Auch das würde wiederum zur Wertschöpfung in der Region beitragen.

Natürlich hat jede Gemeinde in dieser Region ihre Besonderheit. Diese wird durch die Zugehörigkeit zu einer Biosphärenregion in keiner Weise geschmälert oder verloren gehen. Im Gegenteil, es geht darum – insbesondere im Tourismus –, gemeinsam zu gewinnen und aus dem regionalen Kontext neue Bedeutung und Bekanntheit zu erlangen.

Es gibt auch etwas ganz Besonderes in dieser möglichen Biosphärenregion: Ein UNESCO-Biosphärengebiet, das eine große Stadt mit über einer Viertelmillion Einwohnerinnen und Einwohner einbezieht, besäße damit ein besonderes Merkmal, das die UNESCO überzeugen kann, eine weitere Biosphärenregion in Deutschland auszuweisen. Die Abg. Ursula Hamann hat darauf hingewiesen, dass es erst wenige Regionen gibt, die ähnliche Merkmale aufweisen.

Wie geht es jetzt konkret weiter? Ich komme auf die Frage am Anfang zurück, wie wir die Akteure vor Ort einbinden und im Main-Taunus-Kreis Überzeugungsarbeit leisten wollen. Das Umweltministerium wird die Machbarkeitsstudie in einem transparenten Prozess auf der Grundlage des Kriterienkatalogs der UNESCO in Auftrag geben, auch in Absprache mit den Akteuren vor Ort, die in der Diskussion schon die Grundlage gelegt haben. Wir legen einen besonders großen Wert auf einen breit angelegten Beteiligungsprozess während der gesamten Diskussion und während der gesamten Entwicklung hin zu einer Biosphärenregion.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er soll alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen in der Region einbeziehen: Vertreterinnen und Vertreter der Landkreise, der Kommunen, der Politik, der Kultur, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der politischen Parteien im Landtag, aber auch von Interessenverbänden und zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Wir stehen wirklich ganz am Anfang eines Prozesses. Zwei kommunale Gebietskörperschaften haben erklärt: Ja, wir wollen den Prozess mitgestalten. – Die dritte kommunale Gebietskörperschaft wollen wir noch überzeugen. Dann

gibt es den Auftrag, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, und danach wird der Prozess gestaltet, an dem alle teilhaben; denn die Biosphärenregion kann nur erfolgreich sein, wenn alle mitziehen und am Ende alle überzeugt sind. Ich hoffe, dass sich am Ende auch wirklich alle beteiligen und dass sich die Aufregung nach meiner Rede wieder ein bisschen gelegt hat. – Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Der Antrag wird, wie vereinbart, zur weiteren Beratung an den Umweltausschuss überwiesen.

Wir treten jetzt in die vereinbarte Mittagspause ein. Wir setzen die Sitzung um 14:30 Uhr fort.

(Unterbrechung von 13:14 bis 14:32 Uhr)

#### **Vizepräsidentin Ursula Hamann:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren mit der Sitzung fort.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 51** auf:

**Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend klares Zeichen gegen Atomwaffen setzen – friedenspolitisches Engagement und Aufklärung unterstützen – Drucks. 19/5173 –**

zusammen mit **Tagesordnungspunkt 73:**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend nukleare Abrüstung in Deutschland – Drucks. 19/5211 –**

sowie **Tagesordnungspunkt 74:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Erhalt des Friedens und weltweite atomare Abrüstung – Drucks. 19/5212 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Als erster Redner hat sich Herr Kollege Schalauske von der Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

#### **Jan Schalauske (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Morgen, am 1. September, begehen Gewerkschaften, Friedensinitiativen, die politische Linke und viele mehr den Antikriegstag, den die Gewerkschaften in den 1950er-Jahren unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ ins Leben gerufen haben, um an die Schrecken von Faschismus und Weltkrieg zu erinnern und ein Zeichen gegen Krieg und Aufrüstung zu setzen.

Die Fraktion DIE LINKE ist der festen Überzeugung, dass dieser wichtige Gedenktag ein mehr als geeigneter Anlass für eine Debatte im Hessischen Landtag über Frieden und Abrüstung ist.

(Beifall bei der LINKEN)